

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

302 (28.12.1922)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 500 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 510 M monatlich. Einzelheft 20 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonietzelle 40.- M, auswärts 50.- M. Die Restzeile 150.- M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmestelle 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Neue Beschlüsse und Drohungen gegen Deutschland

Es sind gewiß schwache Hoffnungen, die der Tagung der am 2. Januar in Paris zusammen tretenden Konferenz der Alliierten entgegenblicken, aber sie sind dem Frankreich, das Deutschland zerreißen, in nationale, politische und wirtschaftlich dauernde Ohnmacht schleudern will, schon viel zu stark. Und es scheint den Franzosen gelungen zu sein, kurz vor der Pariser Konferenz eine regelrechte neue Gehe gegen Deutschland zu entwerfen, um, wenn die Gehe Erfolg haben sollte, wirklich sachliche und zweckdienliche Verhandlungen in Paris zu sabotieren. Die Reparationskommission hat gegen die Stimme Englands beschlossen, Deutschland habe nicht genug Gold an Frankreich geliefert, also sich absichtlich „Verfehlungen“ gegen den Friedensvertrag schuldig gemacht. Die Pariser Presse hegt seit gestern Abend auf einen Wink der Regierung und der Oberheger Poincaré findet schon, daß eine „neue Lage“ entstanden sei. Das Gehe nach Pfändern, Sanktionen und Besetzungen ist in Paris in vollen Gange. Poincaré wird dafür Sorge tragen, daß alle, die erblich an einer europäischen Verständigung arbeiten wollen, erneut wieder der Schwierigkeiten fesseln, die Frankreich stets systematisch herbeiführt. Mit den von Deutschland erpreßten Kohlen treibt Frankreich ein schwungvolles Buchergeschäft, weil es die riesigen deutschen Kohlenmengen selbst gar nicht konsumieren kann; mit den Kohlenmengen, die ebenfalls von Deutschland erpreßt werden sollen, soll das französische Buchergeschäft noch erhöht werden. Italien und Belgien ziehen mit Frankreich an einem Stränge. Nach dem neuen Beschluß der Reparationskommission und nach den Stimmen aus Frankreich und Belgien sind die Wünsche der Pariser Konferenz auf den Nullpunkt gesunken. Es liegen folgende Nachrichten vor:

Paris, 27. Dez. Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß Deutschland die für 1922 vorgesehenen Kohlenlieferungen nicht vollständig auszuführen hat. Die Kommission beschloß mit Stimmenmehrheit gegen die Stimme des englischen Delegierten, daß diese Nichtausführung eine Verletzung im Sinne des § 17, Art. 2 des Abschnitts 8 des Friedensvertrages von Versailles darstellt.

Die Kommission beschloß ferner mit Stimmenmehrheit bei Enthaltung des englischen Delegierten, die alliierten Regierungen an die Bestimmungen der Reparationsnote vom 21. März zu erinnern, wonach Deutschland, wenn es innerhalb der geforderten Grenze die Kohlenlieferungen nicht zur Ausführung bringt, am Schluß des Jahres 1922 anhalten sein soll, die entsprechenden Zusatzklauseln in bar zu stellen.

Paris, 27. Dez. Was sich zu dem gestrigen Bericht der Reparationskommission, betreffend die deutschen Kohlenlieferungen, es sei nicht zweifelhaft, daß Poincaré anlässlich der interalliierten Beratungen am 2. Januar seine Kollegen über die Maßnahmen unterrichtet werde, die die französische Regierung infolge der Verfehlungen Deutschlands bei den Kohlenlieferungen für notwendig erachtet. Diese neue Lage könne übrigens nur die Fesseln von der französischen Regierung unterläge diese bestärken, daß Deutschland kein neues Moratorium ohne sofortige produktive Pfänder gewährt werden könne. Obwohl man über die endgültigen Absichten Bonar Law noch nicht vollkommen unterrichtet sei, wisse man im Gegenteil, daß keine Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage vom Kommando des Brüßler Kabinet trennen. Auch von Italien und dem nicht einer progressiven Annäherung des italienischen französischen Standpunktes. Zwischen der französischen Regierung, der Dominikaner und der Italienern in der Kohlenfrage, ferner der Besetzung der Zollzonen und der Emission einer inneren deutschen Anleihe von 3 Milliarden Goldmark, garantiert von den Banken und Industrien, güt-

lich gefasst sein. Auch sollen interalliierte Sanktionen automatisch erfolgen, wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Paris, 27. Dez. Die gesamte Abendpresse billigt den gestrigen Beschluß der Reparationskommission. „Journal des Debats“ schreibt, hierdurch sei die Frage der Sanktionen gestellt. „Temps“ schreibt, die Verfehlungen Deutschlands, die von der französischen Regierung angeklagt wurden, seien nunmehr von der Reparationskommission bestätigt. Die französische Regierung müsse also jetzt schon die Maßnahmen festlegen, die sie ergreifen wolle, sei es gemeinsam mit den Alliierten oder isoliert. Poincaré, der immer eine gemeinsame Aktion einem isolierten Vorgehen vorziehe, werde den anderen alliierten Regierungen sofort bei Eröffnung der Konferenz in Paris die Maßnahmen zur Kenntnis bringen, die er anzuwenden gedenkt.

Brüssel, 27. Dez. (Werbung der Agence Belge.) Im Senat erklärte der Minister des Innern, Jaspard, im Hinblick auf die anfangs Januar in Paris stattfindende Konferenz, es wäre unmöglich, Deutschland ein einfaches Moratorium ohne Garantien zu gewähren. Die belgische Regierung werde dem nicht zustimmen. Hinsichtlich der Garantien möge der Senat dem Ministerpräsidenten und dem Beträgen entgegenbringen. Kein Leiter einer alliierten Regierung habe sich über diesen Punkt genau ausgelassen. Er werde gegen die Pflichten seines Amtes verstoßen, wenn er nicht ebenso Stellung bezöge. Wir messen dem den größten Wert bei, daß die Maßnahmen, die in Paris getroffen werden, zwischen allen Gläubigern geschlossen werden. Die Pariser Konferenz erscheint in seiner günstigen Atmosphäre.

Die Deutschlands „Verfehlung“ geschloßen worden ist

Paris, 27. Dez. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, ist es möglich, daß die englische Regierung der französischen Regierung bald Gegenverpflichtungen in der Reparationsfrage unterbreiten wird. Das Blatt erklärt, Bonar Law scheine den lebhaftesten Wunsch zu haben, zu einer Verständigung mit der französischen Regierung zu gelangen. Aber könne man jetzt auf die Anwendung des Grundgesetzes eines Moratoriums ohne Pfänder verzichten? Die Sachverständigen hätten einstimmig anerkannt, daß die Pfänder, deren man sich auf dem linken Rheinufer versichern könnte, von mittelmäßigem Wert und sehr unbedeutsam zu sein könnten. Man konnte also auf dem linken Rheinufer nur einen moralischen Druck ausüben. Damit dieser Druck eine nützliche Wirkung auf das deutsche Volk ausübe, müsse man eine Trennung der Rheinlande vom Reich vorsehen. Das sei ein sehr schwieriges Unternehmen angesichts der schwachen französischen und amerikanischen, sowie angesichts der Unwissenheit der Engländer und Amerikaner, sowie angesichts des Rheinlandabkommens vom 28. Juni 1919, das die alliierte Besetzung regelt. Es werde sich also mehr um eine Sanktion, als um Pfänder handeln. Wie könne man aber eine Sanktion nehmen, wenn man durch die Reparationskommission noch nicht die bestmögliche Verfehlung Deutschlands auf Grund der §§ 17 und 18 des Artikels 2 Abschnitt 8 des Friedensvertrages festgestellt habe? Der Eintritt in das Industriegebiet gestalte eine wirkungsvollere Reparation. Wenn man sich einmal dort festgesetzt habe, so genüge es tatsächlich, den Finger auf die Organismen zu legen, um 1. die 40prozentige Wohnsteuer zu erheben und um 2. die Kohlen unter den verschiedenen Gegenden und nach den verschiedenen wirtschaftlichen Spezialitäten zu verteilen. Bei der außerordentlichen zentralen Organisation des Ruhrgebietes habe auch die geringste Beste weittragende Bedeutung. Es könnten also durch außerordentlich einfache Mittel große Erfolge erzielt werden. Bei den Engländern und Amerikanern sei das Ruhrgebiet bereits etwas geworden, bps Wälder und Entleerungen hervorzuheben. An dem Tage, an dem Bonar Law und die englische Regierung endgültig Stellung gegen die französische Politik nehmen würde, sei es besonders erklärlich, den Wunsch anzuspüren, daß sie Deutschland so sehen möchten, wie es in Wirklichkeit ist.

„In der Wende des Jahres 1922, das dem deutschen Volke so viel Sorge bereitet hat, drängt es die Stadtverordnetenversammlung der äußersten Stadt an der Westgrenze, namens der Bürgererschaft erneut feierlich zu geloben, daß sie in unwandelter Treue zum Staat und zum deutschen Vaterlande steht. Was die Not weiter wachsen, mag der deutsche Vaterland nicht rheinischen Volke lastet, sich noch verschärfen, — nichts wird vermögen, unsere deutsche Gesinnung zu brechen. Wir bleiben unserem Vaterlande treu in unauflöslicher, innerlichster Gemeinshaft verbunden. Dieses Treuebündnis am Schluß des Jahres wird auch der Besten unseres Luns, Denkens und Schaffens im kommenden Jahre sein.“

Reparationsgewinnler

Frankreichs „guter Wille“

Nach dem Versailler Vertrag soll Deutschland „an Frankreich eine Kohlenmenge gleich dem Unterschied zwischen der Jahresförderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke“ von einst und jetzt liefern. Außerdem ist in dem Vertrag eine jährliche Liefermenge von 7 Millionen Tonnen vorgesehen. Sodann verpflichtet der Artikel 45 Deutschland „als Ersatz für die Befreiung der Kohlengruben in Nordfrankreich... das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum an den Kohlengruben im Saarbecken... mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich“ abzutreten. Diese Bestimmungen enthalten eine doppelte Ersatzauflieferung für den Verlust an Kohlenförderung in den französischen Bergwerksdistrikten des Nordens und Pas de Calais, die Kriegszerstörung dieser Bergwerke wird gegenüber 1913 nach den bisherigen Betriebs-ergebnissen etwa 12 Millionen betragen. Dieser Ausfall wird voll durch die deutschen Saargruben gedeckt. Da aber die Reparationskommission von Deutschland auch noch die Lieferung von Kohle aus seiner gegenwärtigen Förderung verlangt, wird Deutschland zur Ausgleistung eines nicht mehr bestehenden Saars becken gezwungen.

Für diese Kohlenlieferungen erhält Deutschland keine Barzahlungen, sondern Guthrift auf das Reparationskonto. Bei dieser Guthrift wird der Wert in Goldmark errechnet. Als Grundlage der Errechnung dient der deutsche Inlandspreis, gemäß § 6 der Anlage V des Versailler Vertrages, der u. a. bestimmt: „Der Preis stellt sich wie der deutsche Preis frei Grube, den die deutschen Reichsbürger zahlen;... doch darf der Preis den Preis frei Grube der britischen Ausfuhrpreise nicht übersteigen.“ Als diese Bestimmung festgelegt wurde, stand der deutsche Kohlenpreis nahe dem Weltmarktpreis. Sie sollte zweifellos deutsche Preisforderungen über den Weltmarktpreis hinaus verhindern, um den Empfangsländern die Fähigkeit zum Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu belassen. Damals konnte niemand ahnen, daß die deutsche Währung im Einklang den Abgehenden zusehen würde, wie dies in den letzten Monaten geschehen ist.

Bei der Beratung über das Spa-Abkommen, im Sommer 1920, überdachte man die Entwicklung der deutschen Währung schon ein wenig klarer. Es wurde deshalb von der Reichsregierung im Einvernehmen mit den Sachverständigen die Gewährung einer Prämie für die Kohlenlieferungen angestrebt, um mit diesem Gelde eine bessere Ernährung der Bergleute zu ermöglichen. Die getroffene Vereinbarung sah eine Prämie von fünf Goldmark je Tonne vor, wogegen sich die Empfangsländer der deutschen Kohle das Recht auf die Auswahl besonderer Sorten und Qualitäten sicherten. Obwohl Deutschland die gewünschten Sorten lieferte, machte Frankreich bedeutende Abzüge bei der Prämienzahlung mit dem Bemerkens, daß die gelieferte Kohle nicht den Wünschen entspreche habe. Von 6 802 170 Tonnen aufgrund des Spa-Abkommens gelieferter Kohle sollten nur rund 3,75 Millionen Tonnen wunschgemäß gewesen sein. Deutschland erhielt nur 18 982 292 Goldmark, während es auf seine Lieferungen 33 020 856 Goldmark zu beanspruchen hatte. Die erlittene Einbuße betrug 14 028 561 Goldmark. Frankreich hatte natürlich seinen Kohlenverbrauchern den vollen Betrag abgenommen und machte auf Kosten Deutschlands ein glänzendes Geschäft. Dieses Verhalten zeugt wahrhaftig nicht von dem „guten Willen“ Frankreichs.

Aber damit nicht genug, zu diesen frivolen Gewinnen macht Frankreich auch noch Valutagewinne. Jede Wertverminderung der Mark, die nicht eine plötzliche und bedeutend weniger im Verhältnis stehende Erhöhung des Inlandspreises deutscher Kohle zur Folge hatte, bedeutete naturgemäß einen Vorteil zugunsten Frankreichs. Laut einer statistischen Berechnung hat die französische Regierung bis Ende Februar von Deutschland 28,75 Millionen Tonnen Kohlen erhalten, wofür die Summe von 1 489 228 000 Francs Deutschland gutgeschrieben wurden, während die Kohle von Frankreich für mehr als das Doppelte verkauft wurde. Allein in der Zeit vom 1. September 1919 bis Ende September 1921 hat Frankreich nach den Erklärungen des französischen Finanzministers im Finanzpolitischen Ausschuss der Kammer an der deutschen Reparationskohle einen Gewinn von 1,6 Milliarden Francs erzielt.

Frankreich ist also bei der Reparationskohle Valutagewinnler nicht nur zum großen Nachteil Deutschlands allein, sondern auch zum Nachteil der übrigen Entente-Länder. Deutschlands Zahlungsfähigkeit wird um diese Valutagewinne geschwächt. Es muß deshalb mit Nachdruck von Deutschland die Forderung vertreten werden, daß für die Reparationskohle der Preis eines Landes mit werbeständigem Zahlungsmittel, im gegenwärtigen Falle England, und nicht der deutsche Inlandspreis maßgebend ist.

Hundertprozentige Erhöhungen der Postgebühren

Berlin, 27. Dez. Der Reichspostminister hat jetzt den Mitgliedern des Reichsrates einen neuen Gebührenvorschlaga zugehen lassen, der mit Wirkung vom 15. Januar an im Durchschnitt eine 100prozentige Steigerung der jetzigen Sätze vorieht. Ein Fernbrief bis 20 Gramm soll nach diesem Vorschlag 50 M kosten. Für das gewöhnliche Telegramm ist eine Grundgebühr von 80 M und eine Wortgebühr von 40 M vorgesehen.

So unvermeidlich Gebührenerhöhungen auch sein mögen, die Art des Reichspostbetriebs muß endlich einer genaueren Prüfung unterzogen werden. Neben anderen Belastungen hat die Reichspost eine viel zu hohe Zahl höherer Beamten. Hier können große Ersparnisse gemacht werden.

In Ergänzung der Meldung über eine abermalige hundertprozentige Erhöhung der Postgebühren zum 15. Januar 1923 berichten die Blätter: Eine Erhöhung der Fernspreckgebühren soll nicht vorgenommen werden. Neu geplant ist die Einführung einer sogenannten Abgabegebühr für Pakete und die Einführung des 3 Kilopaketes. In einer Denkschrift, die der Reichspostminister seinen Darlegungen beigelegt hat, wird das Defizit der Reichspostverwaltung für 1923 auf 385,6 Milliarden beziffert. Bis zum 31. März 1923 sollen 12 000 händige Dienstposten ein-

bezogen werden. Im Verlaufe der beiden letzten Jahre sind bereits 40 000 Personen entlassen worden.

Erste Fragen der Gewerkschaften an die Regierung

Berlin, 28. Dez. Anlässlich der Besprechung der Regierung mit den Gewerkschaften, die laut „Vorwärts“ am Freitag stattfinden soll, haben die Gewerkschaften fünf Fragen gestellt, die u. a. Auskunft verlangen, inwiefern bei der kommenden Wotpreisregelung ein Lohnausgleich in der Privatindustrie geschaffen werden soll, 2. wird gefragt, inwiefern die Regierung dafür gesorgt habe, daß die inneren wirtschaftlichen Maßnahmen in den Kreisen der Wirtschaft keinen Widerstand finden und inwiefern die Regierung bereit sei, Sachverständigen aus den Reihen der Gewerkschaften zu hören. Weiter werde Aufklärung verlangt, ob die Regierung bereit sei, die Ungerechtigkeiten des Reichsbeinkommensteuergesetzes insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen bei den Ertragssteuereinkünften zum Reichsbeinkommensteuergesetz auszugleichen. Zum Schluß wird Auskunft gefordert über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung des Wunders.

Strengelöbniße zum deutschen Vaterlande

Verachtung den Landesverrätern
In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Trier verlas der Oberbürgermeister im einstimmigen Auftrag der Versammlung folgende Erklärung:

Wie die monarchistischen Nationalisten und die Kommunisten Hand in Hand arbeiten

Durch den beinahe täglich neu verstärkten Wahnsinn richten sich die monarchistischen Nationalisten und die Kommunisten aneinander.

Man erinnere sich der Vorfälle auf dem rechts- und linksbolschewistischen Münchener Kriegsschauplatz am 4. Febr. 1921...

„Teilt mit uns die Waffen... Heute ist der Tag, da wir uns erheben müssen...“

Der Münchener Volkspräsident Pöhner, sein früherer Verfolger aller linksrevolutionären Kundgebungen...

Die „Münchener Zeitung“ stimmte dann in diesen Punkten dem Programm der „Neuen Zeitung“ zu.

„Ich denke nicht daran zu prophezeien, was werden mag...“

Die Kluft zwischen den kriegserregenden kommunistischen Weltrevolutionären und verantwortlichen Rechtsbolschewisten war also geschlossen.

Als der Kriegswütige Artikel in der „Neuen Zeitung“ erschien, stand in München die nationalsozialistische Bewegung...

„Offiziere seien an die SPD. heranzutreten mit dem Anerkennen...“

Das Einheitsverständnis zwischen Kommunisten und nationalsozialistischen Bolschewisten war also vollkommen.

Diesem Manne, der sich als kommender Diktator fühlte und eine monarchistische Bewegung über das ganze Reich...

Der Monarchist in jeder Versammlung vom Kampf gegen die Reaktion...

Der Antisemitismus in Polen

(Von unserm Warschauer Korrespondenten.)

Polen ist ein Nationalitätenstaat. Nach der amtlichen Statistik gehören von der 27 Millionen betragenden Bevölkerung Polens über 30 Prozent...

Die Anknüpfung der Juden in Polen, im Zusammenhang mit ihrer im allgemeinen elenden sozialen Lage...

Das Ergebnis der letzten Wochen und Monate haben in Polen eine neue Qualität des Antisemitismus gebracht.

Es ist zuzugeden, daß die Judenfrage für Polen ihre besondere Schärfe gewonnen hat.

Badische Politik

Von der chemischen Industrie in Baden

Das größte Werk der chemischen Industrie Süddeutschlands trägt den Namen eines badischen Unternehmens.

Als Störkräfte der chemischen Industrie sind hauptsächlich 2 Gebiete zu untercheiden: Mannheim und die Oberrhein.

Romeo und Julia auf dem Dorfe

Erzählung von Gottfried Keller

(Fortsetzung)

„Doch war sein Vater Mann nun der erste von den beiden Feinden, der sich nicht mehr halten konnte...“

„Du wärest mir!“ sagte Frau, als die Fäule vor dem Speisestisch anhielt.

„So war der Anfang und so ging es auch fort...“

Kohlenwasserstoffen, Heilmitteln, Holz- und Nitroglykole usw., sowie mit der Fabrikation von Zündhölzern.

Eine blühende chemische Industrie jüngeren Datums mit vorwiegend elektrochemischer Charakter ist am Oberrhein zwischen Grenzach und Waldbrunn entstanden.

Im übrigen liegt die chemische Industrie im Lande mehr oder weniger zerstreut.

Unter obiger Überschrift fand sich in der Presse kürzlich die Meldung...

Soziale Rundschau

Kein Zuschlag für die zweite Dezemberhälfte

Von Deutschen Beamtenbund wird uns geschrieben:

Unter obiger Überschrift fand sich in der Presse kürzlich die Meldung, die Epigonenvereinigungen der Staatsarbeiterorganisationen...

Diesem Manne, der sich als kommender Diktator fühlte und eine monarchistische Bewegung über das ganze Reich...

Der Deutsche Eisenbahnerverband scheidet aus zu obiger Erklärung folgende Darstellung:

In der Tagespresse veröffentlicht hat der Deutsche Beamtenbund eine Erklärung, worin er darlegt, daß er zu den Verhandlungen...

Gegen Schwächezustände, Nervenschwüngen, sex. Neurasthenie

zuzuzugeden, daß die Judenfrage für Polen ihre besondere Schärfe gewonnen hat.

„Doch war sein Vater Mann nun der erste von den beiden Feinden, der sich nicht mehr halten konnte...“

„Du wärest mir!“ sagte Frau, als die Fäule vor dem Speisestisch anhielt.

„So war der Anfang und so ging es auch fort...“

„So war der Anfang und so ging es auch fort...“

Frauenfragen Frauenchutz

Zwei Arten Menschen quälen sich umsonst und mühen sich vergebens: wer Geld sammelt und es nicht verzehrt, und wer Wissen erwarb und es nicht anwendet.

Die Frauen und das neue Jahr

Liebe Genossin!

Das „Friede auf Erden“ der Weihnachtsglocken ist verhallt. Ist wohl einer unter uns, der nicht in banger Sorge den Schritt mit hinübergeht ins neue Jahr? Wachen es die letzten Jahre uns doch so unendlich schwer, immer wieder hoffnungsfreudig vorwärts zu schauen.

Was brachte uns das nun vergangene Jahr?

Eine ständige Zunahme der Inflation. Lohn- und Gehaltsverhöhungen hielten mit der Entwertung unseres Geldes nicht gleichen Schritt. So erleben wir eine immer mehr um sich greifende Verelendung unseres Volkes. Die Stadtlärze geben erschreckende Zahlen über den Gesundheitszustand unserer Jugend an. Die Tuberkulose nimmt überhand. Sie ist eine Folge des Hungers. Unsere Alten, die nicht mehr arbeiten können, verlieren jede Hoffnung, sie werden stumpf. Sie klagen und jammern nicht. Sie legen sich hin und sterben lautlos. Ein Massensterben ist über uns gekommen.

Aber nicht alle Teile des Volkes leiden unter der Entwertung unseres Geldes. Industrie und Landwirtschaft heimsen Segen aus der Inflation ein. Sie kalkulieren ihre Waren nach dem Dollarstand ein, weigern sich aber, für die Löhne die Konsequenz zu ziehen. Mit dem Ruf: „Nur der freie Handel rettet uns“, glauben Industrie und Landwirtschaft eine Zauberformel für alle Nöte des Wirtschaftslebens gefunden zu haben. Was kümmert sich die Landwirtschaft darum, daß die Milchpreise so gestiegen sind, daß die Mutter nicht mehr in der Lage ist, Milch für den Säugling zu kaufen. Der Profit regiert, und Milch- und Brotpreise richten sich nach dem Dollarstand — nur nicht die Löhne — Gehälter — Renten. Ein Verantwortlichkeitsgefühl der Allgemeinheit gegenüber fehlt die Landwirtschaft nicht. — Soll das im neuen Jahr so weitergehen?

Du schüttelst den Kopf, liebe Genossin, aber machst ein hoffnungsloses Gesicht dabei.

Braucht es immer so weiterzugehen? Ich sage: nein. Zwar lastet auf uns die Verpflichtung, wieder gut zu machen, was wir im Krieg verschuldet haben. Aber wir brauchen nicht zu dulden, daß das allein auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geschieht.

Die besitzenden Klassen können mehr zu den Kosten herangezogen werden, wenn wir stärker im Reichstag vertreten wären. Die bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, vertreten die Interessen der Besitzenden. In jeder Steueraussschussung kämpfen diese Parteien einmütig für eine Entlastung des Besitzes, schieben alle Belastung ab auf die wirtschaftlich Schwachen Kreise.

Willst Du, liebe Genossin, aber, daß wir tatkräftig gegen die Verelendung ankämpfen, willst Du, daß Deine Kinder gesund und lebensfreudig heranwachsen, dann werde nicht müde, zu kämpfen für die Idee der Sozialdemokratie, für die wahre Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenanständig trägt. Viele Mütter geben heute ihre Stimme noch den kapitalistischen Parteien. Sie dürfen nicht klagen darüber, daß die Zusammendrückung des Kapitals, wie wir sie jetzt erleben, auf der anderen Seite bitteren Not im Gefolge hat. Ziehen wir diese Forderungen zu uns herüber, dann können wir in der freudigen Jubelstimmung, daß einmal eine Zeit kommen wird, in der der Sieg unser ist, liebe Genossin, das alte schwere Jahr hinter uns lassen und frohen Auges über die Schwelle des neuen Jahres treten.

Die Gabe des Lebens

Von Erna Büsing

Das Menschenleben zu achten liegt tief im Sein und Wesen der Frau verankert. Trübt dieses nicht klar zutage, ja, sieht man oft das Gegenteil, so handelt es sich hierbei doch nur um eine Verhüllung natürlicher weiblicher Gefühle. Die normale Frau hat stets Verständnis für eine Abkehr von der Gewalttätigkeit. Und der ehrliche Verständigungswille mit allen Vätern, der von der Sozialdemokratie gepflegt wird, ist Gold, das wir verstehen müssen zu mühen. Für eine wahre Friedenspolitik schlagen viele Frauenherzen. Da gilt es nun zu arbeiten und zähe Arbeit der bewußten Pazifistinnen zu kämpfen für den Sozialismus zu machen.

Das alte Recht, eingeschlossen in und begründet durch die starken, roten Buchstaben des Gesetzes, hat viele Härten. Die Frau weiß es aber empfindet es amüßig. Hinzu kommt, daß oft der Strafbefehl dem Verbrechen der Verurteilung über der Vernachlässigung des Staates kaum nachkommt, sondern eher Rache überhand nehmen wird. Aber nicht die Rache, sondern die Menschlichkeit soll triumphiert. Allein aus diesem Gefühl und diesen Erwägungen heraus, wird es der Frau verständlich sein, wenn die Sozialdemokratie die Todesstrafe ablehnt. Die Todesstrafe, die Jahrtausende hindurch verhängt wird, hat die Morde nicht beseitigen können und macht die Last nicht aus der Welt, daß der Mensch das Produkt seiner Lage und seiner Veranlagung ist. Weil wir Sozialisten nun aber Zukunftsgläubige sind, müssen wir einerseits aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen, andererseits aber auch den Mut zum Bruch mit der Vergangenheit haben. Befreit von der Bitterkeit und dem Kummer unserer Ideen wollen wir für die Zukunft arbeiten. Selbst Überzeugte werden wir überzeugen können, wir lehnen Phantasien und Panaxen ab. Mit Entsetzen sehen wir nach Rußland, wo Gewalttäter, die es wagen, unseren Namen Sozialisten zu schänden, ein Blutregiment führen. Das Präsidium des Allrussischen

Zentralen Exekutivkomitees beschloß freilich kürzlich, in einem rührenden Anfall von Menschlichkeit, die Todesstrafe nicht gegen Frauen anzuwenden, die sich im Zustande der Schwangerschaft befinden, der durch eine ärztliche Untersuchung festgestellt ist. Dieser Beschluß bezeugt aber nur, daß die Todesstrafe früher auch gegen Schwangere angewandt wurde. Die Bolschewisten sind von der Ausrottungsdeide besessen. Weil sie sich nicht so viel Kraft zutrauen, den Gegner zu überzeugen, darum machen sie ihn mürder. Sie schufen, wie sie durch die Verurteilung und Exekution der Gatten, das ein freies Spiel mit Menschenleben ist. Das fordert natürlich die einmütige Abwehr aller Menschen heraus, die sich noch ihrer Menschlichkeit bewußt sind. Das Gesetz ist ein vollkommener Widerspruch zum Fortschrittswillen der Menschheit. Der Terror ist der sichere Untergrund unzähliger Verbrechen auf jedem nur denkbaren Gebiet. Das wissen wir. Darum lehnen wir die rohe Gewalt ab. Unsere feste bekundete Achtung vor dem Menschenleben muß aber für uns zum Werbemittel namentlich unter der Frauenwelt werden, dessen Auswirkung von weittragender Bedeutung ist.

Eine Revolution braucht nicht eine Kette unerhörter Greuelaten zu sein. Die schlimmste Revolution der Welt ist in Indien im Gange, einem Lande, das von 820 Millionen Menschen bewohnt wird. Dort revolutionierte der Rechtsanwalt Gandhi die Revolution. Seinen Sanskritnamen Mohandas Karamchand gebraucht man nie, sondern das Volk sagt Mahatma Gandhi, der heilige Gandhi. Er will die Erziehung der politischen Macht durch passiven Widerstand. Wie bekannt ist, wurde er den Engländern viel zu schaffen und wachte dieserhalb in den Kerker. Gandhi lehnt jede Gewalt und jedes Blutvergießen ab, propagiert aber den Boykott der englischen Waren, namentlich der Zucker. Und da England Indien gewaltsam zum Einfuhrland machte, ist Gandhi mit einer Heerde der Arbeitslosigkeit in England. Seiner Religion nach ist er ein Jain. Er ist religiös eingestellt und hält das Leben für so wichtig, daß er es nicht einmal mozt, ein Insekt zu töten. Die Worte des Lebens ist die höchste aller Gaben, das ist der Grundstein seiner Handlungen, das ist das Wort, welches ihm als Politiker die Gefolgschaft der Frauen brachte. Ihm gelang es, das bis dahin politisch tote Element der Frauen in ausgiebigem Maße für seine Ideen zu gewinnen.

Die normale Frau ist eben auf Gefühlswerte gestimmt, sie verlangt nach Achtung vor dem Menschenleben und nach Wirtschaft und Staatsformen, die auch dem einfachen Durchschnittsmenschen ein menschenwürdiges Auskommen garantieren. Da gilt es nun für unsere Genossinnen, den Frauen klarzumachen, daß diese für die Frauen so selbstverständlichen Forderungen, das Streben und die Forderungen unserer Partei sind, und daß gerade wir die Gabe des Lebens wohl zu schätzen wissen.

Die Kinderpeisung im September und Oktober

Im September und Oktober — den letzten Monaten der Sommerpeisepériode — wurden an 51 Speisestellen in 988 Gemeinden und 685 Heimen mit Hilfe von 1641 Köchen und 4488 Speisestellen insgesamt 14 304 642 Mahlzeiten verabreicht. Im Durchschnitt wurden täglich im September 347 200, im Oktober (für den ursprünglich keine Speisung vorgesehen war) 313 375 Schul Kinder, 17 157 und 10 133 Kleinkinder, 2954 und 1552 Jugendliche und 6103 und 3975 hoffende und stillende Mütter gespeist. Zur Veranschaulichung dieser Maßzahlen sind insgesamt 1990 Tennen Lebensmittel verbraucht worden, von denen 1023 Tennen die Reichsregierung und 967 Tennen die amerikanischen Militärbehörden beigesteuert haben. Der Verbrauchswert dieser Lebensmittel beläuft sich nach dem heutigen Stande auf 543 100 000 M. Der Verkaufspreis einer Mahlzeit betrug im September im Durchschnitt 33,50 M., im Oktober 107 M. Das Ende der Sommerpeisepériode gab Gelegenheit, einen Rückblick zu werfen auf das in den vergangenen Monaten Geschehene. In der Zeit vom 1. April bis 30. September wurden insgesamt 57,5 Millionen Mahlzeiten mit einem Gesamtwert von etwa 16 M an durchschnittlich 873 000 Teilnehmern, darunter 92 Prozent Schul Kinder, verabreicht. Von den Beteiligten wurde durchweg eine günstige Einwirkung auf den Gesundheitszustand der Kinder festgestellt, insbesondere dort, wo es gelungen ist, die Speisung im Anschluß an Einrichtungen der Erholungsfrist zu verabreichen.

Gleichzeitig mit diesen Erfolgen wird von allen beteiligten Stellen ein gesteigertes Bedürfnis nach einer Ernährungsfürsorge für die Jugend gemeldet. Dieses Bedürfnis tritt zunächst in dem zunehmenden Appetit der Kinder in Erscheinung. So wird z. B. aus München berichtet, daß in den dortigen Speisestellen die Mahlzeiten mit viel größerem Erfolg bezogen wurden, als vor den Ferien. Neße gab es im Gegensatz zu den ersten Monaten dieser Speisepériode fast nie.

Ebenfalls aus Bayern wird gemeldet, daß die Kinder nach den Sommerferien viel weniger frisch und gesund aussehnen, als es sonst nach einer solchen Ruhepause der Fall war. Die während der ganzen Feriendauer ständig in die Höhe gehenden Lebensmittelpreise waren schon von Einfluß auf ihr Befinden. Das erhöhte Bedürfnis zeigt sich ferner in den vermehrten Anfragen aus kleineren Gemeinden auf Einführung der Speisung. Die Bereitwilligkeit der Gemeinden zu eigenen Leistungen geht damit Hand in Hand und ist im Hinblick auf die großen finanziellen Schwierigkeiten von ganz besonderer Bedeutung.

Die in Thüringen schon während der letzten Speisepériode benutzte Maßnahme, daß die Kosten für die Kinderpeisung an einem Wochentage von der Gemeinde übernommen werden, wird während der Winterpeisepériode auch in Württemberg durchgeführt werden. — In Baden haben sich die Gemeinden sogar bereit erklärt, an drei Wochentagen die Speisung mit eigenen Mitteln zu finanzieren. — Aus dem Westdeutschen Bezirk wird gemeldet, daß mehrere der größten Städte das Kinderpeisungswesen mit namhaften Summen unterstützen werden. Kleinere Gemeinden und selbst arme Landkreise wollen Gemüse und dergleichen hingleistern. Auch vom Reich ist ein erhöhter Zustand zur Verfügung gestellt worden. In Ausführung der Beschlüsse des Ausschusses für Kinderpeisung vom 27. September d. J. wurde beim Reichsfinanzministerium eine Nachtragsschuldung von einer Milliarde beantragt. Der Antrag hat die Billigung des Reichskabinetts gefunden. Gleichzeitig kam von der Geschäftsführung des Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria in New York die Nachricht, daß zur Durchführung des Speisungsprogramms weitere 100 000 Dollar zur Verfügung gestellt werden können.

Mit Hilfe dieser neuerlichen Spende wird es möglich sein, für die Speisung von etwa 420 000 Kindern, Jugendlichen und Müttern in der Zeit bis zum 31. März die erforderlichen Lebensmittel bereitzustellen, während weitere 80 000 Kinder aus im Sommer gemachten Erparnissen gespeist werden können.

Ville-Ville

Etwas von der Kleinfinderscheidung

Walddörferbahn! Heimfahrt von draußen! Alle Plätze besetzt! Jeder still für sich der Ermüdung nach dem heißen Tage hingeeben. — Dal — ein Stimmchen: „Ville-Ville“ und strahlend deutet der kleine Zweijährige, der dort auf dem Schoß seiner Mutter sitzt, auf den Vogel Strauß, der auf einem Klammerbild an der Wand fliehet.

„Das ist nicht Ville-Ville, das ist ein Strauß!“ befehlt die Mutter. Der kleine schüttelt absehend den Kopf. Die Mutter aber bestuert: „Das ist keine Gans, das ist ein Strauß!“ Der kleine läßt sich nicht so leicht fremde Meinungen aufdrängen; ganz deutlich sagt er: „Nein!“ und bleibt beim Kopfschütteln. Längst haben der kleine und seine Mutter die Aufmerksamkeit der Mitfahrerinnen erregt. Eine würdige, schwarzgekleidete Dame kommt der Mutter zu Hilfe und sagt nachdrücklich: „Das ist ein Strauß.“ Nun endlich verjähmt das Kind, der kleine sitzt nachdenklich da. Nun aber hat der kleine Mann auch sonst Teilnahme erregt; ein in der Nähe sitzender Herr reißt ihm die Hand hin und sagt: „Guten Abend“, in der Erwartung, daß der kleine die Begrüßung erwidere. Dazu ist er aber gar nicht geneigt. Doch die Mutter legt sich ins Mittel, halb flüsternd sagt sie dem Jungen, daß der Schaffner die Kinder heraushebe, die nicht Guten Abend sagen. Endlich gelingt es; der kleine reißt sein Händchen, verjähmt dann wieder in seine vorherige Stille und überlegt weiter, warum ein Vogel mit langem Hals nicht mehr Ville-Ville heißt, nicht mehr dasselbe sein sollte wie die Gans, die er in der Siedlung gesehen, sondern so heißen sollte wie das Gebilde aus Blumen, das bisher so genannt wurde.

Warum ich dies schreibe? — Um an diesem Vorkommnis darzutun, wie häufig es vorkommt, daß Kinder in der wohlmeinendsten Absicht falsch behandelt und in ihrer geistigen Entwicklung verwirrt werden, weil man zu eifrig darauf bedacht ist, eingegriffen und zurechtzurücken.

Was hätte die Mutter in diesem Fall tun sollen, als das Kind den Vogel falsch benannte — Sehr einfach; gar nichts.

Der kleine hätte eine selbständige geistige Leistung vollbracht, als er auf dem Bild einen Vogel mit langem Hals erkannt hatte, daß er es mit dem Namen bezeichnete, den er für Gans läutete. — Einen Vogel Strauß kannte er nicht, konnte er daher auch nicht wiedererkennen. Er wird schon später einmal die Bekanntheit eines solchen machen; dann erst ist die Zeit gekommen, in der man erwarten kann, daß er auch einen dargestellten Strauß erkenne; jetzt mit dem hingeworfenen Wort muß eine vollkommene Verwirrung bei ihm entstehen.

Ganz unbedachtig aber und nur eine Ausnutzung der Heberlegenheit des Erziehenden ist es, wenn das still gewordene Kind, das mit der Verarbeitung dieser merkwürdigen Begriffsverbindung beschäftigt ist, veranlaßt wird, Höflichkeitshandlungen vorzunehmen.

Unter den Kulissen der Schönheit. Von Frauen, die keine andere Sorge haben, als zu gefallen, wird diese Neugierde erzählt: Es gibt so manche Pariserin, die sich gern einer kleinen Operation und einer strengen Zurückgezogenheit von drei Wochen unterwirft, wenn sie dafür in paar Tausendmal mehr, keine und schöne Augenwimpern erhält. Eine Dame, die sich dieser Verjüngungsoperation unterzogen hat, empfiehlt in einem Pariser Blatt diese Operation allen Damen, die mit ihren Augenwimpern nicht zufrieden sind. Das Ansehen der Wimpern erfolgt im wahren Sinne des Wortes mit Hilfe der Nadel, und dann müssen die Wimpern drei Wochen lang anwachsen. Damit ist aber auch eine vollkommene und von der Natur nicht zu unterscheidende Verjüngung erfolgt. Ihre Herkunft, die an ihr die auffällige Pracht der Wimpern bemerkten, besichtigten die Augenlider aus nächster Nähe und mit größter Aufmerksamkeit, aber sie konnten keine Farbe oder Farbe feststellen. Die Wimpern werden an den Wimpern des Kindes angehängt, fallen aber dann in der Haut Wurzel und wachsen so fest, daß sie weder durch Beschneiden noch durch Ziehen verloren werden können. Voll Erfolg schließt die Dame mit dem neuen Augenwimpern mit der Erklärung, daß ihre Augen dadurch so gewonnen hätten, daß sie sie zum Mittelpunkt jeder Gesellschaft machten. — Affen- und Frauenwimpern könnten in der Zeit der gegenwärtigen Not nicht aberner denken. Aber man erkennt die Sorgen der fatten Kapitalistinnenweiber. Millionen von Armen dagegen wissen nicht, wie sie sich am nächsten Leben erhalten können.

Die deutschen Jugendwimperinnen unter sich. Dem „Vorwärts“ wird über eine Versammlung des Bezirksvereins des „Verbandes Leuzcher Post- und Telegraphenbeamten“, die bekanntlich keine unehelichen Mütter als Beamtinnen dulden wollen, ein ergötzlicher Bericht zugeht. Danach machte sich gegen die Wiederwahl der Vorsitzenden Fräulein Koch, welche so lebhaft gegen die unehelichen Mütter eingetreten ist, eine heftige Opposition geltend. Beim ersten Wahlgang entsfielen auf sie 192 Stimmen und auf ihre Gegenkandidatin Richter 188 Stimmen. Diese Wahl wurde unter ungeheurem Tumult angefeindet, weil der Vorstand eine Anzahl Stimmzettel unterschlagen hatte. Beim zweiten Wahlgang erhielt Fräulein Koch 209 und Richter 206 Stimmen. Als Fräulein Koch in den Saal gerufen wurde und ihre eine besonders ehrende Jugendwimperin einen Strauß Alpenveilchen überreichte, kam es zu stürmischen Kämpfen. Alles löste sich durcheinander, der Vorstandstisch wurde gestürzt und Fräulein Koch und die Blumenpendlerin kamen in beunruhigendem Zustande aus dem Saal wieder zum Vorkommen. Das Ende jedoch war, daß die Wahlen für ungültig erklärt wurden und nun kann die Valgerei von neuem losgehen. Bemerkenswert ist, daß dieser „Verband deutscher Telegraphen- und Postbeamten“ meist aus sogenannten „höheren Töchtern“ zusammengesetzt ist.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Volkswirtschaft

Rückgang der amerikanischen Ausfuhr nach Europa

Dah die angekündigte Teilnahme Amerikas an der endgültigen Regelung der Reparationsschuld nicht nur aus Gründen der wirtschaftlichen Rücksicht erfolgt, sondern daß vielmehr für die Abwendung der Gefahr in Washington hauptsächlich ökonomische Gründe maßgebend sind, liegt auf der Hand. Der wichtigste Grund ist wohl der Rückgang der amerikanischen Exporte insbesondere der Lebensmittelausfuhr nach dem Kontinent. D. B. Kufin, der Statistiker der National City Bank in New York, macht über diesen folgende Angaben:

Die diesjährigen Mägen der verschiedenen europäischen Länder kommen einstweilen in den Ausfuhrwerten für amerikanische Nahrungsmittel noch nicht zum Ausdruck. So ging die Ausfuhr von Fleisch aus den Vereinigten Staaten nach Europa in den neun Monaten Januar bis September 1922 mengenmäßig um 20 Proz. hinter die der entsprechenden Monate des Vorjahres zurück und blieb im Monat September sogar um 10 Proz. unter der Menge vom September 1921. Die Gesamtausfuhr der ersten drei Quartale 1922 weist gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1921 einen mengenmäßigen Rückgang um 25 Proz. auf; der Rückgang für Weizen und Mehl allein beträgt rund 50 Proz. Nur die Waisenausfuhr nach Europa war in den drei Quartalen dieses Jahres um 15 Millionen Kubikfuß größer.

Dieser Rückgang in der amerikanischen Ausfuhr von Fleisch, Weizen und Mehl erstreckt sich auf fast sämtliche europäischen Staaten; auffällig ist vor allem der Rückgang im Falle Deutschlands. So belief sich die Weizenausfuhr nach Deutschland in der Zeit von Januar bis September einschließlich auf rund 10 Millionen Kubikfuß gegen 35 Millionen Kubikfuß in der gleichen Zeit des Vorjahres; nahezu gleich hart war der Rückgang in der Ausfuhr amerikanischer Mehlens nach Deutschland. Demgegenüber liegt die Menge des von Deutschland eingeführten Mehlens im gleichen Zeitraum von 11 Millionen auf 27 Millionen Kubikfuß.

Die Ausfuhrmengen der sonstigen Nahrungsmittel nach Deutschland weisen keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf. Den stärksten mengenmäßigen Rückgang erfuhr außer der Ausfuhr von Weizen die von landestlicher Milch und von Früchten. Auffällig ist die Abnahme der Ausfuhr von raffiniertem Zucker nach Deutschland, die in den Monaten Januar bis September sich auf 106 000 000 englische Pfund belief gegen noch nicht 4 000 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ueberhaupt war die Ausfuhr nach fast sämtlichen europäischen Ländern in diesem Jahre erheblich größer als 1921.

Die Menge der nach den europäischen Staaten in der Berichtszeit Januar bis September gefandenen Menge amerikani-

scher Baumwolle, was verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres um etwas größer; im September ist jedoch verglichen mit September 1921 ein Rückgang um 20 Proz. erfolgt. Nach Deutschland gingen in der Berichtszeit jedoch nur 451 000 000 lbs. gegen 558 000 000 lbs. in den entsprechenden Monaten des Vorjahres.

Frankreich hat als einziges von den wichtigeren europäischen Staaten seine Einfuhr aus den Vereinigten Staaten in der Berichtszeit neuwertig gesteigert. Außerdem hat nur noch Deutschland seine Einfuhr aus den Vereinigten Staaten gesteigert. Die Ausfuhr nach Großbritannien ging demgegenüber ihrem Wert nach um über 10 Millionen Dollar, die nach Deutschland um 65 Millionen Dollar, die nach Italien und nach den Niederlanden um je 70 Millionen zurück.

Der Gesamtwert der amerikanischen Ausfuhr nach den europäischen Staaten in der Zeit von Januar bis September 1922 belief sich auf 1 474 812 000 Dollar gegen 1 859 812 000 Dollar in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Letzte Nachrichten

Von der deutschen Reichsbahn

Eine Kommentar geben wir diese durch W.D. verbreitete Meldung:

Berlin, 24. Dez. Die starke Belastung der Wirtschaft durch die Reichsbahnstarke, die zur Erhaltung des Gleichgewichts in Einnahmen und Ausgaben erforderlich ist, verlangt durchgreifende Maßnahmen zur Erparnis an Material und Personal. Die durch eine Jubiläumstour in die Presse gelangte Mitteilung über einen Abbau von 25 000 Beamten und Arbeitern ist noch keineswegs festgelegt, doch entspricht ein derartiger Abbau den Absichten des Reichsverkehrsministeriums. Selbstverständlich sollen von den Beamten nicht diejenigen Teile des Personalstandes getroffen werden, bei denen die notwendige Arbeitsintensität erreicht ist, sondern es sollen die noch vorhandenen unproduktiven Kräfte entfernt werden. Der Abbau wird sich nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf solche Teile der Beamten erstrecken müssen, die erst als verhältnismäßig kurze Zeit als Beamte eingestellt sind und bei denen noch kein unfundiertes Verhältnis vorliegt. Die Einzelheiten der zu ergreifenden Maßnahmen werden in den ersten Monatsberichten mit dem Hauptbetriebsrat und dem Hauptbeamtenrat erörtert werden. Diese sind von den Absichten der Verwaltung, wonach das seit fast zwei Jahren eingeleitete Abbauprogramm unter allen Umständen weitergeführt werden muß, bereits in Kenntnis gesetzt.

Schiffsunfall bei der Reichsmarine

W.D. Kiel, 27. Dez. Der zum Kommando der Tzpedoschule Würwid gehörende Bergungsdampfer „Antar“ ist seit dem 23. Dezember vermisst. Die Besatzung bestand aus zwei Unteroffizieren und 10 Mann. Die Leiche eines Matrosen und Bruchteile des Dampfers wurden an der holländischen Küste angetrieben.

Berlin, 27. Dez. Der Reichspräsident hat an den Reichswehrminister folgende Telegramme gerichtet: Der Reichswehrminister! Die Mitteilung von dem Verlust der Marine durch den Untergang des „Antar“ betroffen hat, hat mich schmerzhaft berührt. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der Besatzung Marineangehörigen meine herzlichste Teilnahme zu übermitteln. Reichspräsident Ebert.

Vom altrussischen Rätekongress

Moskau, 27. Dez. (Russische Telegraphenagentur.) Gestern wurde der altrussische Rätekongress mit einem Bericht Kamenets über die innere und auswärtige Politik der Sowjetregierung eröffnet. In dem Bericht wird, daß die Schaffung eines Bundes der Sowjetrepubliken, die die Aufgabe des gegenwärtigen Kongresses darstellt, den Absicht des Bürgerkrieges bilden solle, der sich auf die vollständige innere Freiheit aller an dem Bunde beteiligten und auf die Gleichberechtigung aller Nationalitäten aufbaue. In der auswärtigen Politik Sowjet-Rußlands erklärt Kamenets, Rußland gebe nur solche Verträge ein, die seinen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen entsprechen. Als Beispiel eines solchen könne der Vertrag von Rapallo gelten. Die Konferenzen von Genoa und Haag seien erfolglos verlaufen, weil der von den Mächten für die Anerkennung Sowjet-Rußlands geforderte Preis den Interessen Rußlands zuwiderläge. Dadurch sei aber Rußland nicht isoliert worden, wie der Vertrag von Rapallo beweise. Kamenets beschloß sich dann eingehend mit der Konferenz von Kaufman und der dort von Rußland befolgten Politik.

Briefkasten der Redaktion

Wetterfr. Wenn Sie Jungen haben, daß der Reisende die Bestellung unter den von Ihnen geschickten Bedingungen angenommen hat, brauchen Sie nichts nachzugehen.

Schriftleitung Georg Schöfelin, Verantwortlich für Artikel, Politische Überlieferung und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus den Tagen, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Neuigkeiten Herrn Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschafts- und Soziale Nachrichten, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wiederverkäufer gesucht

Aptel-Schampus

Goepfner-Bräu
Telefon 17 6145

Die Festlegung der Existenz nach der Reichsversicherungsordnung im Amtsbezirk Karlsruhe betr.
Mit Genehmigung des bad. Oberbergamts Karlsruhe vom 14. Dezember 1922 Nr. 1537 wird der gemäß § 149 ff. R.V.O. für den Bezirk des Bergamts Karlsruhe mit Wirkung vom 1. November 1922 festgelegte vorläufige Lageverzeichnisse der Gemeinden (Kreise) — bezgl. Karlsruhe Zeitung Staatsanzeiger vom 31. August 1922 Nr. 202 — mit Wirkung vom 19. Februar 1923 an um 500% erhöht, mithin wie folgt, neu bestimmt:

1. In der Stadt Karlsruhe nebst Vororten:
a. für männliche Personen b. für weibliche Personen
über 21 Jahre 960 M. über 21 Jahre 720 M.
von 16-21 Jahren 720 M. von 10-21 Jahren 540 M.
von 14-16 Jahren 480 M. von 14-16 Jahren 360 M.
Kinder unter 14 J. 240 M. Kinder unter 14 J. 180 M.

2. In den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:
a) für männliche Personen b) für weibliche Personen
über 21 Jahre 720 M. über 21 Jahre 540 M.
von 16-21 Jahre 540 M. von 10-21 Jahre 420 M.
von 14-16 Jahre 360 M. von 14-16 Jahre 300 M.
Kinder unter 14 Jahre 180 M. Kinder unter 14 Jahre 120 M.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1922. D. 3. 179
Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt

Bezirkspolizeiliche Vorschrift.
Die Kammerreinigung betr.
Mit Zustimmung des Stadtrats und nach polizeilicher Erklärung durch den Herrn Stadtkommissar vom 22. d. M. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1923 eine neue bezirkspolizeiliche Vorschrift, die Kammerreinigung betr., in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 6. Mai 1920, in der Fassung vom 21. Dezember 1922, außer Kraft. Ein Abdruck des Wortlautes liegt beim Bezirksamt, Zimmer 26, zur öffentlichen Kenntnisnahme auf.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1922. O. 3. 178
Bad. Bezirksamt III.

Die Kammerreinigung betr.
Mit Zustimmung des Stadtrats und nach polizeilicher Erklärung durch den Herrn Stadtkommissar vom 22. d. M. wird die ortspolizeiliche Vorschrift vom 13. Februar 1889, die Kammerreinigung betr., in der Fassung vom 21. d. M. mit Wirkung vom 1. Januar 1923 aufgehoben.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1922. 3418
Bad. Bezirksamt III.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, den 28. Dez. 6 1/2-10 Uhr. 4.450.-
Th.-Gem. D.V.B. Nr. 3401-3700 3425
Julius Caesar.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon-Kajütendampfer.
Eines wöchentlichen Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Kontakt: Wilh. Graf, Bank-Geschäft, Schiffstr. 9
Karlsruhe: E.P. Hecke, Zigarren-Impf.
Kaiserstr. 215, b. d. Hauptpost, Tel. 707

Voranzeige.
Männergesangverein Karlsruhe
E. V.
Samstag, den 6. Januar 1923:
Gesindeball
Kostüm-Ball
FESTHALLE. — (Alteheres Plakatsalon.)

Für Hasen - Hahn - Hahn
Füchse - Marder - Jits
Wiesel - Dachse etc.
zahlend hier und
die höchsten Preise!
Gross-Kürschnerlei Wilh. Zeumer
Kaiserstrasse 125/127.

Arbeitsgemeinschaft
„Eintracht“ Bittlingen
Sonntag, 31. Dez. 1922, abds. 7 Uhr
(Saalöffnung 6 Uhr) in der Festhalle
Weihnachts-Feier
mit Silvester-Konzert
unter Mitwirkung von Frä. Martha Weigelt (Sopran) u. L. Brunnhild (Tenor); am Flügel: Herr W. Ehlert.
Im zweiten Teile des Programms:
Weihnachten im Walde
Weihnachtsspiel in 1 Aufzug
sowie ein humoristisches Terzett.
GABEN-VERLOSUNG.
Nach dem Programm: Ball.
Mit dem Versprechen einiger gemächlicher froher Stunden laden wir unsere Mitglieder und Freunde höflichst ein. 30 Der Vorstand.
ENTRITTSPREISE:
Mitglieder 20 M., Nichtmitglieder 50 M.
Kinder unter 14 J. haben keinen Zutritt.

Die Festlegung der Existenz nach der Reichsversicherungsordnung im Amtsbezirk Karlsruhe betr.
Nach Anhörung des Bezirksrats und der in Betracht kommenden Behörden und Interessenverbände wird gemäß § 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte betr.
Karlsruhe, den 19. Dezember 1922. D. 3. 176
Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt

Eintrachtsaal
Mittwoch, 3. Jan. 1923, abends 8 Uhr,
Öffentliche Wintersonnwendfeier
Vortrag des Universitätsprof. Dr. J. M. Verwoyden, Bonn, und Mitwirkung Bruder Post (Violine, Harfe und Klavier)
Karten einschl. Steuer Mark 70.— bei Neufeld, Waldstr. 39

Intern. Bund der Kriegsopter
(Deutschland). — San Baden und Bad. S. Karlsruhe. — Geschäftsführer: E. Müller. Volkshaus, Waltherr-Sender, Karlsruhe Nr. 29448

Großer Verkauf
in gebrauchten Militär-Schürzen
auf der Geschäftsstelle zu spottbilligen Preisen. Verkauf nur Freitag, den 29. Dez. von 1-6 Uhr. Die Geschäftsleitung.

Wo
Nur bei 5690
Josef Zepf
Schuhhaus
Durlacherstr. 3
(Durlacher Tor).

Wir suchen auf sofort eine zuverlässige Zeitungs-Trägerin für die Altstadt. Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden. Geschäftsstelle des „Volkstribun“ Zuisenstraße 24.

In 30 Minuten
Ihre Passbild
nur im Photogr. Atelier Kaiserstr. 215, Eing. Allee.

Hochzeits-Anzüge,
at. formalen, feiner Dekoration, mittl. fig. feiner Ausstattung (Kragen) u. gelb. Stoff, u. fig., einige gut erhalten. Saccosanzüge, alles einzl. abgearbeitet, sehr preisw. abzugeben bei 6149
Agetrad, Offenweinst. Nr. 32, II.

Emalleherde
für Kohle und Gas in jed. Ausführung zu günstigen Preisen u. erleicht. Zahlung. J. Lechner & Sohn Klumprechtstr. 23. Telefon 4113.

Schönschreib-Kurs
3. Januar
Tages- und Abendkurse v. Spezialisten
F. BUCK.
Honorar u. Material Mark 300.— bis zur Postkarte!
Referenzen von Erwachsenen, Kindern, Privat u. Behörden aus verschied. Orten und Städten Deutschlands!

Bruchtaler Anzeigen.
Oberbürgermeisterwahl.
Bei der am 24. d. Mts. vorgenommenen Wahl wurde Oberbürgermeister Dr. Karl Weicker auf die Dauer von 9 Jahren wiedergewählt.
Die Wahlhandlungen haben während einer Woche vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung an auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 4 — öffentlich statt.
Innerhalb dieser Frist kann die Wahl von jedem Wahlberechtigten wegen Verlegung der gesetzlichen Vorschriften beim Oberbürgermeister oder bei der Staatsaufsichtsbehörde schriftlich oder mündlich zur Niederschrift mit sofortiger Bezeichnung der Wahlmittel angefochten werden.
Bruchtal, den 27. Dezember 1922.
Der Bürgermeister.